

zu TOP .....



Stadtratsfraktion

Mainz, 08.07.2022

## Anfrage 1052/2022 zur Sitzung am 20.07.2022

### Arbeitsbedingungen Allgemeiner Sozialer Dienst (CDU)

Auf Nachfrage wurde im letzten Jugendhilfeausschuss (JHA) über die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) berichtet. Die Abteilungsleiterin des Jugendamtes hat die Aufgabenstellung sowie deren Zuordnung und die damit verbundenen Herausforderungen dargelegt. Ebenso wurde auf die Personalsituation eingegangen. Die aktuelle Berichterstattung in der Presse, die sich auf Informationen von Mitarbeitenden stützt, spiegelt sich in der Berichterstattung im Ausschuss allerdings in dieser Klarheit und Deutlichkeit in keinster Weise wider. Hier scheint es offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmung zwischen Mitarbeitenden und Verantwortlichen zu geben.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Fachkräfte hat der ASD derzeit für die konkrete Arbeit in den Sozialräumen, ohne Sekretariat und Mitarbeitende, die zuarbeiten?
2. Wie hoch ist aktuell der Krankenstand bzw. war der Krankenstand in den letzten 12 Monaten?
3. Wie viele Mitarbeitende haben in den vergangenen 12 Monaten zeitnah nach ihrer Einstellung gekündigt und mit welcher Begründung?
4. Wie haben sich die Fallzahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte pro Jahr auflisten)?
5. Wie hat sich die Zahl der Mitarbeitenden im Verhältnis zu den Fallzahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte pro Jahr auflisten)?
6. Wie viele Überstunden hat jeder einzelne Mitarbeitende pro Jahr in den letzten fünf Jahren gemacht (pro Jahr auflisten)?
7. Unterstellt, die Situation hat sich erst in den letzten 12 Monaten zugespitzt, wie erklärt die Verwaltung das?
8. Wie werden aktuell die Bereitschaftszeiten im Innendienst abgedeckt, wie viele Mitarbeitende stehen zur Verfügung und wie wird mit konkreten

Anzeigesituationen auf Kindeswohlgefährdung umgegangen, bzw. wann muss der Innendienst selbst vor Ort gehen?

9. Was wurde konkret unternommen, um die Mitarbeitenden zu entlasten?
10. Wann sollen wieder alle VZÄ besetzt sein?
11. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, Hospitationen und stabile Einarbeitungszeiten wieder umzusetzen, bzw. welche Voraussetzungen müssten dafür vorliegen?
12. Welche Folgewirkungen ergeben sich aus der aktuellen Situation, bzw. wie sollen weitere schwerwiegende Folgen verhindert werden?
13. Welche Verantwortung sieht die Verwaltung im Zusammenhang mit dem sog. „erweiterten Suizid“?
14. Wann erscheint der nächste Landesbericht HzE?

Hannsgeorg Schönig  
Fraktionsvorsitzender